

Inhaltsverzeichnis

2-6 DSW-Mitteilungen

- 2 Praktiker: Forderungen anmelden
- 2 *Experten-Tipp*: Sind Finanzvermittler die besseren Berater?
- 3 Anlegerschutz: Viel Arbeit für den „Superminister“
- 4 Griechenland: Nebelkerzen und gezielte Verunsicherung?
- 4 Sonderprüfung bei Bilfinger?
- 4 Höft & Wessel: Belastende Altlasten
- 5 HV-Report 2013: Hoher Redebedarf
- 6 Libor-Skandal: Wo kein Schaden...
- 6 HAC-Marktkommentar: Auf ein Neues?

7 Veranstaltungen – Januar 2014

7 Impressum

8 Konjunkturmonitor

Wachstums-Fantasie

9 Börsenmonitor

Fed schaltet einen Gang zurück

10 Mitgliedsantrag

Übernehmen Sie, Herr Maas!



Liebe Leserin, lieber Leser,

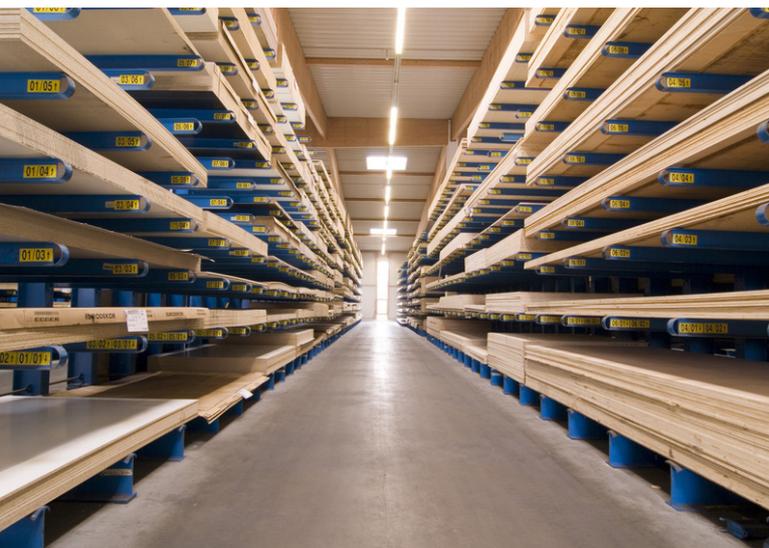
Heiko Maas ist neuer Bundesjustiz- und Verbraucherschutzminister und eine der ganz großen Überraschungen im neuen schwarz-roten Kabinett. Er ist damit neben Wolfgang Schäuble als Finanzminister auch zugleich der Ansprechpartner für uns Anleger, wenn es um das Thema Anlegerschutz geht.

Dass Heiko Maas in seinem Ministeramt nun zugleich das Justizressort und den Verbraucherschutz vereint, ist eine große Chance. Dessen sollte er sich schnellstens bewusst werden. Denn damit ist es nun deutlich einfacher und effizienter als bisher möglich, den Fehlentwicklungen der letzten Jahre, die wir vielfach öffentlich und bei vielen Gelegenheiten in Berlin und Brüssel angeprangert haben, ein Ende zu setzen – und Korrekturen vorzunehmen. Es waren viele der neuen Regularien aus der Feder der bisherigen Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner, die in erster Linie nicht den Anlegerschutzgedanken vorangebracht, sondern mittels Bevormundung und Verboten uns Anleger zu unmündigen Bürgern degradiert haben. Diesen Zustand umzukehren sollte die erste Pflicht von Herrn Maas sein (lesen Sie dazu mehr auf Seite 3). Mit dem neuen Minister wechselt auch Gerd Billen als Staatssekretär ins neue Doppelministerium für Justiz- und Verbraucherschutz. Bisher war Billen Chef des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen. Wenn man so will, dann steht dem Minister jetzt ein Insider in Sachen Verbraucherschutz tatkräftig zur Seite. Das könnte für die Idee des Verbraucherschutzes durchaus sehr positiv sein. Gleiches gilt auch für den verwandten aber eben nicht deckungsgleichen Anlegerschutz. Hier gilt es vor allem, nicht wieder in die alten Strukturen zu verfallen. Ein Umdenken ist dringend geboten. Die neue Ministeriumsspitze sollte die Bundesbürger sowohl intellektuell als auch finanziell nicht an der kurzen Leine führen. Freiheit und Transparenz sind die Lösung, nicht Verbote und ein Übermaß an Regeln. Anlegerschutz ist eben nicht gleich Verbraucherschutz. Wenn Herr Maas und Herr Billen dies verinnerlichen, freuen wir uns auf neue und frische Ideen zum Wohle der Anleger.

Ihr Marc Tüngler

Praktiker: Forderungen anmelden

Anleihegläubiger der insolventen Baumarktkette Praktiker müssen sich beeilen. Bis einschließlich zum 15. Januar 2014 können sie ihre Forderungen gegen das Unternehmen beim Insolvenzverwalter anmelden.



Zwar ist im Verfahren die sogenannte „Masseunzulänglichkeit“ erklärt worden, was in der Regel nichts Anderes bedeutet, als dass so wenig Vermögen verblieben ist, dass den Gläubigern nichts mehr zurückgezahlt werden kann. Dennoch sollten Gläubiger aktiv werden. Denn: Da eine Frist für

eine Forderungsanmeldung aufgesetzt wurde, könnten Gläubiger womöglich trotzdem nicht leer ausgehen.

In jedem Fall sollten die Betroffenen jetzt aktiv werden: „Es kann natürlich sein, dass die Forderungen zentral über den sogenannten Gemeinsamen Vertreter angemeldet werden. Nur: Zum jetzigen Zeitpunkt können wir das nicht mit Sicherheit sagen. Daher kann man jedem Gläubiger aufgrund der knappen Zeit nur raten, selbst aktiv zu werden und seine Ansprüche in jedem Fall direkt geltend zu machen“, erläutert DSW-Geschäftsführer Thomas Hechtfisher.

Die Anmeldung der eigenen Forderungen funktioniert direkt beim Insolvenzverwalter, der Kanzlei Heimes & Müller. Auf der Internetseite www.saarinso-rae.de können sich betroffene Gläubiger direkt informieren. Unter „Verfahrensinformationen“ erhält man mit dem Stichwort „Praktiker“ über diese Seite das benötigte Formular „Forderungsanmeldung im Insolvenzverfahren“, das man über den Button „Berichte und Dokumente“ ausdrucken kann. Die Forderungsanmeldung kann auch direkt online erfolgen. Die DSW ist ihren Mitgliedern bei der Forderungsanmeldung gerne behilflich.

Am 10. Juni 2013 hatte sich Praktiker für überschuldet und zahlungsunfähig erklärt. Die Tochtergesellschaft Max Bahr folgte am 25. Juli. Trotz umfangreicher Suche wurde kein Investor gefunden, der die benötigten Gelder für die Sanierung investiert hätte.

Experten-Tipp von Jella Benner-Heinacher

Rechtsanwältin und stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin

Sind Finanzvermittler die besseren Berater?

Frage: Als langjähriger Bankkunde kaufe ich meine Fonds immer bei meiner Bank. Jetzt ist ein sogenannter Fondsvermittler von einem der großen Finanzvertriebe an mich herangetreten und möchte mir ebenfalls Fondsprodukte verkaufen. Welchen Unterschied macht es für mich, ob ich bei einem Vermittler oder bei der Bank Finanzprodukte kaufe? Wie sieht es mit der Sicherheit aus? Wer beaufsichtigt solche Finanzvermittler? Und wo stelle ich mich unter dem Aspekt des Anlegerschutzes besser?

Antwort: Aus Sicht der Anleger sollte es eigentlich keinen Unterschied machen, ob ein Finanzprodukt von einem Fondsvermittler oder einem Kreditinstitut verkauft wird. Deshalb müssten folglich auch die Regeln für beide „Verkäu-

fer“ gleich sein – eigentlich. Denn in der aktuellen deutschen Realität sieht dies anders aus, jedenfalls noch. Die Banken werden von der Finanzaufsicht BaFin überwacht, während die Finanzvermittler der großen Finanzvertriebe „nur“ der Aufsicht der jeweils zuständigen örtlichen Gewerbeaufsicht unterliegen. Dies hat die DSW unter dem Aspekt einer gleichwertigen Finanzaufsicht wiederholt kritisiert. Aktuell gibt es in Brüssel Bestrebungen, über die Novelle der EU-Finanzmarktrichtlinie MiFID 2 beide Gruppen der qualitativ gleichen Aufsicht zu unterstellen. Denn hier sollte zu Recht der Grundsatz gelten, dass für gleiche Geschäfte auch gleiche Regeln gelten, die auch der gleichen Aufsicht unterliegen. Die Verhandlungen zwischen dem EU-Ministerrat, der EU-Kommission und dem EU-Parlament befinden sich in der Schlussphase und so bleibt zu hoffen, dass am Ende auch eine Entscheidung zugunsten des Anlegerschutzes erfolgt.



Anlegerschutz: Viel Arbeit für den „Superminister“

Immer, wenn Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder ein Thema besonders wichtig war oder es nicht so lief, wie er sich das vorstellte, dann erklärte er es zur „Chefsache“. In Sachen Anlegerschutz dürfte es in den kommenden vier Jahren kaum nötig sein, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel höchstpersönlich eingreift.

Anders als in der vergangenen Legislaturperiode, als der Anleger- und Verbraucherschutz dem Landwirtschaftsministerium zugeschlagen war und jedes neue Gesetzesvorhaben erst mit dem Finanz- und insbesondere dem Justizministerium abgestimmt werden musste, gibt es in der gerade formierten neuen Regierung eine formal sehr positive Veränderung: Der Verbraucherschutz gehört nun zum Bundesjustizministerium. Mit anderen Worten: Dem neuen Justizminister Heiko Maas stehen sehr viele neue Möglichkeiten zur Verfügung, den Anlegerschutz in den kommenden Jahren entscheidend voranzubringen.

„Das ist eine außergewöhnlich große Chance, dass nach den vielen Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre nun sehr schnell die richtigen Weichen gestellt werden“, kommentiert Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der DSW, den neuen Ministeriumszuschnitt.

Viel Zeit zum Einarbeiten sollte sich der neue Minister allerdings nicht nehmen. Denn schon jetzt stehen aus Sicht der DSW viele enorm wichtige Punkte aus dem Bereich Anlegerschutz an, die Minister Maas dringend in Angriff nehmen sollte; unter anderem sieht die DSW folgende dringende Themen:

Beispiel Spekulationsfrist: Seit Jahren kritisiert die DSW, dass die Bundesregierung mit dem Thema Altersvorsorge paradox umgeht. Einerseits wird gebetsmühlenartig wiederholt, dass die Menschen in die private Altersvorsorge unbedingt einsteigen sollten, um Lücken bei der gesetzlichen Rente zu schließen. Auf der anderen Seite werden jedoch Sparer, die mit Aktien oder Fonds privat vorsorgen wollen, zur Kasse gebeten. Gewinne auf Aktien und Fonds, und natürlich auch die Dividenden, werden mit der Abgeltungssteuer belegt – 25 Prozent aller Erlöse fließen an den Fiskus. „Wir müssen hier dringend umdenken und sollten zu einer vernünftigen Lösung kommen, so dass langfristig angelegte Kapitalanlagen steuerlich besser gestellt werden“, so Tüngler. Ein gangbarer und lange erfolgreich praktizierter Weg wäre die Rückkehr zu einer Spekulationsfrist. So könnten analog wie in Frankreich Aktiengewinne nach einem bestimmten Zeitraum von der Steuer befreit werden.

Beispiel Delisting: In punkto Aktionärsrechte hat der Bundesgerichtshof (BGH) gerade eine für Anleger nachteilige Kehrtwende zur bisherigen Rechtsprechung vollzogen. Zukünftig müssen Unternehmen, die sich von der Börse über ein sogenanntes „Delisting“ zurückziehen wollen, freien Aktionären wohl kein Abfindungsangebot in bar mehr machen. Der BGH gibt damit seine Rechtsprechung auf, die seit dem berühmten und von der DSW erkämpften Macrotron-Urteil im Jahr 2002 gilt. „Dies kommt einer Schädigung der deutschen Aktienkultur gleich. Damit sind die Minderheitsaktionäre weitgehend der Willkür des Großaktionärs ausgeliefert“ meint Tüngler. Gerade hier könnte der Gesetzgeber das jetzt entstandene Ungleichgewicht durch eine Gesetzesinitiative wieder geraderücken.

Beispiel Beratungsqualität: In der Anlageberatung hat die Aktie per se eher schlechte Karten, da ein Kauf von Aktien nicht provisionsbewährt ist. Doch durch das jetzt zwingende Beratungsprotokoll und die vorgeschriebene Überreichung von Produktinformationsblättern wurde die Aktie für die Anlageberatung noch unattraktiver. Hier gilt es dringend, von den starren und entmündigenden Regelungen, die derzeit gelten, wieder wegzukommen. Kluger Anlegerschutz sollte vernünftige Rahmenbedingungen setzen, aber nicht dazu führen, dass Aktien, die für die Altersvorsorge aus unserer Sicht unverzichtbar sind, im Beratungsalltag gar nicht mehr stattfinden“, so Tüngler.



Griechenland: Nebelkerzen und gezielte Verunsicherung?

Für Juristen ist es keine Überraschung, dass der Schulden-schnitt Griechenlands sie wohl noch jahrelang beschäftigen wird. Auf der einen Seite wollen sich Anleger ihre „Enteignung“ nicht gefallen lassen. Auf der anderen Seite versucht Griechenland offenbar, Anleger gezielt zu verunsichern.



So erhielten einige deutsche Betroffene jüngst Post einer internationalen Anwaltskanzlei, die im Auftrag Griechenlands auf die Klagen antwortete. Die Aussage: Die Anleger hätten gar keine Griechenlandanleihen besitzen können, da sie nicht Teilnehmer des griechischen Giro-Systems der Zentralbank seien. Für Rechtsanwalt Dirk Unrau, Landesgeschäftsführer der DSW, der auch die Klagegemeinschaften vertritt, die in der von der Schutzvereinigung gegründeten Arbeitsgemeinschaft Griechenland Anleihen zusammengefasst sind, steckt dahinter eine gezielte Strategie: „Sie werfen Nebelkerzen mit abwegigen Begründungen und schüren Verunsicherung“, warnt der Fachjurist. „Die Anleger sollte sich von solchen untauglichen Versuchen der Zurückweisung nicht beirren lassen.“

Zur Erinnerung: Die privaten Gläubiger mussten auf 53,5 Prozent des Nennwertes der von ihnen gezeichneten Staatsanleihen verzichten. Für die restlichen 46,5 Prozent erhielten sie eine Vielzahl neuer Staatsanleihen, Schuldscheine sowie einen Besserungsschein. Eine Chance auf Mitsprache oder Gegenwehr hatten sie bei dem Prozedere nicht. „Wirtschaftlich war das für die Anleger äußerst nachteilig, da insbesondere die neuen Staatsanleihen eine Laufzeit von zehn bis 30 Jahren haben. Darüber hinaus sind auch die Zinsen sowie die übrigen Bedingungen für die Anleger im Wesentlichen unakzeptabel“, sagt Unrau, Partner der Kanzlei CausaConcilio.

Insgesamt können an 80 Landgerichten Klagegemeinschaften gebildet werden, wenn sich das Gros der rund 1000 Anleger, die sich bei der DSW registriert haben, für ein Verfahren entscheiden. Der große Vorteil der Zusammenfassung der Kläger in solchen Gemeinschaften liegt insbesondere bei den deutlich niedrigeren Anwaltskosten.

Sonderprüfung bei Bilfinger?

Die DSW prüft derzeit, ob sie bei der Hauptversammlung des Mannheimer Bau- und Dienstleistungskonzerns Bilfinger im April 2014 eine Sonderprüfung beantragen wird. Hintergrund sind die Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit Geschäften des Konzerns in Nigeria.

Das Unternehmen hatte hierzu vor wenigen Wochen mit dem US-Justizministerium einen Kompromiss geschlossen. Es muss seine Compliance-Systeme unter Beaufsichtigung verbessern und gleichzeitig 23,3 Millionen Euro Geldbuße zahlen. Die DSW kritisiert, dass die Geldstrafe letztlich zu Lasten der Aktionäre gehen wird und will daher die Verantwortlichkeiten überprüfen lassen. Das Unternehmen hatte Schadensersatzforderungen gegen seinen ehemaligen Vorstandschef Herbert Bodner, in dessen Amtszeit die Korruptionsvorwürfe fallen, zuvor abgelehnt. Mittlerweile sitzt er im Kontrollgremium des Mannheimer Unternehmens.

Höft & Wessel: Belastende Altlasten

Der Elektronikspezialist Höft & Wessel (H&W) versucht den Neustart, doch Altlasten aus der Vergangenheit erschweren das Comeback des Unternehmens. Dabei geht es insbesondere um Großprojekte aus den Jahren 2009 bis 2012; das erklärte das neue Management auf der Hauptversammlung den Aktionären.

Damals habe man nicht kostendeckend kalkuliert und schlecht abgewickelt, Höft & Wessel sei deshalb in eine Existenzkrise geraten. Nur über den Einstieg eines neuen Investors und einen Forderungsverzicht der Banken konnte das Unternehmen gerettet werden. Jetzt will H&W mit Ticketing, mobiler Datenerfassung und Parkautomaten durchstarten und zum Servicedienstleister werden. Man bescheinigt sich selbst eine „hervorragende Ausgangslage“. Bei der DSW sieht man die Neuausrichtung positiv, allerdings seien noch einige Versäumnisse der alten Führung aufzuarbeiten: „Der schleichende Niedergang muss sich doch deutlich früher abgezeichnet haben, als vom Aufsichtsrat angegeben“, kritisierte HV-Sprecher Alexander von Vietinghoff-Scheel.

HV-Report 2013: Hoher Redebedarf

Der DAX hat Höhen erreicht, mit denen vor gut einem Jahr wohl niemand gerechnet hatte. Auch die anderen deutschen Aktienindizes erklommen immer neue Rekordstände. Kurzum: Für Aktionäre war 2013 ein überdurchschnittlich erfolgreiches Jahr.

„Aktionäre blieben von bösen Überraschungen weitgehend verschont, Probleme gab es natürlich – aber fast ausschließlich bei einzelnen Unternehmen oder Branchen. Das unterscheidet Aktionäre von Anleihegläubigern. Bei diesen Papieren, die einst den Ruf hatten besonders „sicher“ zu sein, wurden zahllose Anleger von Umschuldungen und Insolvenzen getroffen. Und dennoch: Trotz der guten Kursentwicklung, trotz stattlicher Unternehmensergebnisse, trotz starker Dividenden – der Diskussionsbedarf der Anteilseigner mit den Unternehmen ist im vergangenen Jahr noch einmal deutlich angestiegen“, sagt DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler.

Dies ist ein zentrales Ergebnis des diesjährigen Hauptversammlungsreports, den die DSW bereits zum vierten Mal gemeinsam mit dem KCS Kompetenzzentrum für Statistik und Empirie der FOM Hochschule für Oekonomie und Management erstellt hat. Ausgewertet wurden hierfür die Aktionärstreffen aller Unternehmen der DAX-Familie, also DAX, MDAX, TecDax und SDAX sowie weitere Hauptversammlungen von Unternehmen aus dem Bereich des Primestandards. Insgesamt flossen in die Analyse 463 HV-Berichte der DSW-Sprecher ein. Stichtag der Erhebung war der 15. September 2013.

Die Diskussionsfreude der Aktionäre ist gleich doppelt sichtbar: „Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Dauer der typischen Hauptversammlung von 3,39 auf nunmehr 3,5 Stunden erhöht“, erläutert Professor Roland Klose vom Kompetenzzentrum an der FOM. Besonders bei den DAX-Tankern hatten die Aktionäre gutes „Sitzfleisch“: Hier dauerte eine Hauptversammlung im Schnitt sogar 5,57 Stunden und damit noch einmal 0,06 Stunden länger als im Vorjahr. Und auch die Anzahl der Redner hat sich fast ausnahmslos erhöht. So marschierten im Schnitt 5,5 Redner pro Veranstaltung ans Pult oder Mikrophon; im Vorjahr waren es 4,9. Auch hier ist der DAX konkurrenzlos beliebt: 18 Redner sprachen durchschnittlich bei einer DAX-HV (Vorjahr 15,6). Eine Erklärung dafür: „Bei diesen internationalen und breit aufgestellten Konzernen gibt es viele Punkte, die Aktionäre besprechen wollen“, erklärt Tüngler.

Trotz aller Diskussionskultur genießen die Unternehmen und ihre Verantwortlichen durchaus hohes Vertrauen bei ihren Aktionären. So wurden die Vorstände der DAX-Unternehmen



in diesem Jahr mit nahezu 100 Prozent der anwesenden Stimmen entlastet. Bei Nicht-DAX-Unternehmen lag die Quote bei 92,9 Prozent und damit ebenfalls ausgesprochen hoch. Auch die Aufsichtsräte wurden im Schnitt mit 99,1 Prozent der Stimmen (DAX), beziehungsweise 91,4 Prozent entlastet. Kritischster Punkt blieb wie im Vorjahr die Billigung der Vorstandsvergütung. Hier lag die Zustimmungquote bei nur 64,7 Prozent (DAX).

München bleibt übrigens nicht nur im Fußball eine Macht. Auch als beliebter Austragungsort für Aktionärstreffen kann der Süd-Metropole keine andere Stadt das Wasser reichen. 15,9 Prozent aller DAX-HVs und 16,3 Prozent aller Nicht-DAX-HVs wurden in München abgehalten. „Damit bleibt München ganz überlegen deutsche HV-Hauptstadt“, sagt Klose. Dahinter folgt die Hansestadt Hamburg mit 10,9 beziehungsweise 9,2 Prozent. Der Finanzplatz Frankfurt ist immerhin noch für 8,0 Prozent der DAX-HVs gut, aber nur für 5,2 Prozent der kleineren Gesellschaften (Platz 4).

Analysiert wurde auch, inwieweit die Unternehmen von neuen Möglichkeiten zur Online-Hauptversammlung Gebrauch machen. Insgesamt zeigt der Report, dass sich hier vor allem Live-Übertragung von HV-Teilen, meist den Reden des Vorstands, etablieren. Inzwischen streamen 31,2 Prozent der DAX-Konzerne diese Reden via Internet. „Bei interaktiven Punkten wie Rederecht oder Abstimmung sind die Gesellschaften dagegen weiter sehr zurückhaltend“, so Klose.

Libor-Skandal: Wo kein Schaden...

Die Summe klingt dramatisch hoch: Im Zusammenhang mit der Manipulation des global gültigen Libor-Zinssatzes hat EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia die großen Banken in der EU zu Strafzahlungen von insgesamt rund 1,7 Milliarden Euro verdonnert.



Allein die Deutsche Bank muss davon rund 725 Millionen Euro berappen. Spätestens seit dieser Strafe scheint klar zu sein, dass die Banken in den Jahren 2005 bis 2010 von den Zinsmanipulationen profitiert hatten. Almunia machte in seinem Statement auf der anderen Seite auch deutlich, wen er als Geschädigten sieht: „Die Manipulation der Zinssätze betrifft Millionen von Verbrauchern“, erklärte der EU-Kommissar. Allen voran solche, die Kredite und Darlehen mit variablen Zinssätzen abgeschlossen hätten. Die Kommission hatte zuvor ermittelt, dass sich EU-weit rund 40 Prozent solcher variabler Darlehen an Libor und Euribor orientieren.

Doch wie groß der Schaden am Ende wirklich ist, kann offenbar niemand so genau sagen, weder insgesamt noch für den einzelnen Verbraucher: „Es gibt in diesem Fall gigantische Schätzungen, die ich nicht nachvollziehen kann“, erklärte beispielsweise BaFin-Chefin Elke König. Und auch Klaus Nieding, Vizepäsident der DSW, ist skeptisch: „Schon allein die Schadensermittlung wird äußerst schwierig. Hierfür muss der hypothetische Libor-Zinssatz ermittelt werden, der ohne Manipulation zustande gekommen wäre. Die Differenz zwischen dem tatsächlichen Libor und dem hypothetisch kor-

rekten Zinssatz wäre dann die Grundlage zur Ermittlung des Schadens.“ Allerdings: Obwohl der Libor-Skandal nun bereits zwei Jahre zurückliegt, sind bis heute keine konkreten Schadensschätzungen publik geworden, die von Experten auch nur einigermaßen als realistisch angesehen wurden.

HAC-Marktkommentar: Auf ein Neues?

Liebe DSW-Mitglieder,

hinter uns liegt ein sehr gutes Jahr an den Aktienmärkten. Fast alle großen Indizes haben deutlich zugelegt. Und: Die Prognosen der Banken für 2014 fallen (nicht ganz uneigenützig) ebenfalls fast immer positiv aus. So sehen viele Häuser den DAX im laufenden Jahr im Durchschnitt mit rund 10 Prozent im Plus. Als Gründe für den weiteren Anstieg werden aber oft alte Kamellen serviert: billiges Geld, Anlagenotstand und ein Anziehen der weltweiten Konjunktur. Das alles stand auch schon in den Ausblicken für letztes Jahr. Insofern: nichts Neues.

Die Stimmung ist deshalb für den weiteren Verlauf entscheidend. Werden die Märkte zu euphorisch, dann kann schnell eine deutliche Korrektur drohen. Sind die Marktteilnehmer aber vorsichtig und skeptisch, so herrscht noch Luft nach oben bei den Kursen. Zumindest in Deutschland dominiert noch immer die Vorsicht. Die Unternehmenslenker bleiben skeptisch und betonen zumeist die Risiken, die 2014 auf uns warten könnten. Die Investoren wiederum beklagen sich, dass sie bisher noch nicht eingestiegen sind. Schon Anfang 2013 waren viele Märkte gut gelaufen, doch die vergangenen Monate haben für weitere Kursgewinne gesorgt. Das und die niedrigen Umsätze an den Börsen sprechen dafür, dass die Hausse weitergehen kann. Solange viele am Seitenrand stehen, wird der Druck steigen, dass man in den Markt muss. Und das könnte dann 2014 – irgendwann im Laufe des Jahres – für einen finalen Schub sorgen, bevor der Rückwärtsgang eingeschaltet wird.

Klar ist aber auch: Momentan profitieren viele Unternehmen von Kostensenkungen und dem billigen Geld. Das alles treibt die Gewinne der Unternehmen. Wenn das so bleibt, dann sind zumindest für die nächsten zwölf Monate keine Abstürze zu erwarten. Das größte Risiko bleiben aber externe Schocks. Der US-Haushaltsstreit hat dies erst jüngst deutlich gemacht. Noch gibt es aber keinen generellen Grund die Reißleine zu ziehen.

P.S.: Der HAC wünscht allen DSW-Mitgliedern ein erfolgreiches und gesundes Neues Jahr 2014.

Veranstaltungen – Januar 2014



HAC-Webinare

Informationen bilden die Grundlage für Ihre Entscheidungen. Börsen- und Finanzwissen neutral unabhängig und leicht verständlich zu vermitteln, ist wichtigstes Anliegen des Hanseatischen Anleger-Clubs (HAC). Der HAC bietet interessierten Anlegern nunmehr auch die Teilnahme an Webinaren zu den verschiedensten Themen rund um die Geldanlage an.

Die Teilnahme an den Webinaren ist kostenlos.

Die nächsten Webinare finden statt am:

Datum	Thema
21.01.2014 11 Uhr	Die Super-Anleger aus Harvard & Yale: Was man von ihnen lernen kann
23.01.2014 19 Uhr	Die Super-Anleger aus Harvard & Yale: Was man von ihnen lernen kann

Anmeldung für alle Webinare erwünscht unter:
www.hac.de/termine.html

> Veranstaltungsübersicht

Impressum

DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

Peter-Müller-Str. 14 40468 Düsseldorf
Tel.: 0211-6697-02 Fax: 0211-6697-60
E-Mail: dsw@dsw-info.de www.dsw-info.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Marc Tüngler (Hauptgeschäftsführer), Jella Benner-Heinacher (stv. Hauptgeschäftsführerin), Thomas Hechtfischer (Geschäftsführer)

Vereinsregister, Registergericht Düsseldorf - Registernummer VR 3994

REDAKTION:

Christiane Hölz (DSW e. V.)
Franz von den Driesch (newskontor GmbH)

Alle im DSW-Newsletter publizierten Informationen werden von der Redaktion gewissenhaft recherchiert. Für die Richtigkeit sowie für die Vollständigkeit kann die Redaktion dennoch keine Gewähr übernehmen.

WERBUNG:

DSW Service GmbH - Peter-Müller-Str. 14 - 40468 Düsseldorf

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Thomas Hechtfischer, Marc Tüngler

ANSPRECHPARTNER:

Christiane Hölz, 0211-6697-15; christiane.hoelz@dsw-info.de
Handelsregister, Amtsgericht Düsseldorf unter HR B 880
Steuer-Nr. 105/5809/0389; USt-ID-Nr. 119360964

TECHNISCHE UMSETZUNG:

Zellwerk GmbH & Co. KG

BILDNACHWEIS:

Seite 1 und 2: Matthias Sandmann; Seite 2: © ams- Fotolia.com; Seite 3: © Werner Schwehm- Fotolia.com; Seite 4: © Joachim Opelka- Fotolia.com; Seite 5: © maxoidos- Fotolia.com; Seite 6: © K.-U. Häbler- Fotolia.com; Seite 7: © gena96 - Fotolia.com; Seite 1-7: © H-J Paulsen - Fotolia.com; Seite 8: © EvrenKalinbacak - Fotolia.com; Seite 9: © Petrus Bodenstaff- Fotolia.com



Wachstums-Fantasie

Die Weltwirtschaft könnte im laufenden Jahr ordentlich Fahrt aufnehmen. Kräftige Zuwachsraten werden aber wohl vor allem die etablierten Industrienationen aufweisen, weniger erfreulich sieht es Experten zufolge in den Schwellenstaaten aus.

Der globale Wirtschaftsmotor wird im laufenden Jahr seine Drehzahl erhöhen – dies zumindest prognostizieren zahlreiche Banken und Institutionen. So erwartet etwa der Internationale Währungsfonds (IWF), dass die Weltwirtschaft im laufenden Jahr um 3,6 Prozent wachsen wird, nach geschätzten 2,9 Prozent in 2013. Einen kräftigen Wachstumsschub erwarten die IWF-Ökonomen vor allem in den westlichen Industrienationen.

Emerging Markets schwächeln

So schätzt der IWF, dass die USA nach 1,6 Prozent im vergangenen Jahr 2014 um 2,6 Prozent wachsen wird. Für die Eurozone erwarten die Experten indes eine Besserung von -0,4 auf 1,0 Prozent. Nicht ganz so zuversichtlich blicken die Volkswirte auf die Schwellenstaaten. Das Wachstum der entwickelten Staaten Asiens etwa wird laut der IWF-Prognose lediglich um 0,2 Punkte auf 6,5 Prozent zulegen.

Eine Garantie, dass die IWF-Experten mit ihren Einschätzungen richtig liegen werden, besteht zwar nicht. Doch die Chancen, dass die etablierten Industrienationen 2014 hübsche Wachstumsraten aufweisen könnten, bestehen. Schließlich kann sich das Gros der jüngst veröffentlichten Konjunkturdaten durchaus sehen lassen.

Heimische Konjunkturdaten senden positive Signale

Prächtig entwickelt haben sich zuletzt etwa die Auftragsein-

gänge in der deutschen Industrie, die im November gegenüber dem Vormonat um 2,1 Prozent zulegten. Keine allzu große Überraschung ist daher auch, dass die heimische Industrie ihren Ausstoß im November ebenfalls steigern konnte – und zwar um 1,9 Prozent im Vergleich zum Oktober. Recht robust präsentierte sich zum Jahresende auch der Arbeitsmarkt. So ist die Zahl der Arbeitslosen zwischen Kiel und Konstanz im Dezember in saisonbereinigter Rechnung um 15.000 Personen gefallen; die Arbeitslosenquote verharrte bei 6,9 Prozent.

Überzeugen kann auch der vorläufige Wert für den Gesamteinkaufsmanagerindex im Euroraum, der sich im Dezember mit einem Plus um 0,4 auf 52,1 Punkte besser entwickelte als erwartet. Bereits seit Juli 2013 liegt das Stimmungsbarometer nun über der Expansionsmarke von 50 Zählern. Etwas Bauchschmerzen bereitet hingegen die Inflationsrate in der Eurozone, die im Dezember gegenüber dem Vorjahresmonat vorläufigen Angaben zufolge von 0,9 auf 0,8 Prozent abnahm. Damit entfernt sich die Teuerungsrate immer weiter von der EZB-Zielgröße in Höhe von „unter, aber nahe bei 2 Prozent“.

Positive Daten kommen auch aus den USA, wenngleich nicht alle Konjunkturindikatoren überzeugen konnten. Der viel beachtete ISM Einkaufsmanagerindex für den Dienstleistungssektor hat sich im Dezember beispielsweise nicht so gut entwickelt wie erhofft. Statt den prognostizierten 54,6 Zählern fiel der Index im Vergleich zum Vormonat um 0,9 auf 53,0 Punkte. Das Pendant für das Verarbeitende Gewerbe gab ebenfalls nach, lag aber mit einem Wert von 57,0 Punkten dennoch leicht über der Konsensprognose in Höhe von 56,8 Zählern. Recht erfreulich entwickelten sich die US-Einzelhandelsumsätze, die im November um beachtliche 0,7 Prozent kletterten.



Fed schaltet einen Gang zurück

Der DAX ist gut ins neue Jahr gestartet. Auch die Drosselung der Anleihenkäufe der US-Notenbank hat an der heimischen Börse keine negativen Spuren hinterlassen, im Gegenteil. Andere Leitindizes blicken ebenfalls auf eine gute Jahresperformance 2013 zurück. Der Euro- und Ölpreis hielt sich relativ stabil. Für die Edelmetalle ging es im letzten Jahr allerdings bergab.

Druckerpresse läuft langsamer

Das Ende der expansiven Geldpolitik ist offiziell eingeläutet. Nach der letzten Sitzung des Offenmarktausschusses der US-amerikanischen Zentralbank am 17. Dezember haben die Notenbanker das mit Spannung erwartete Tapering verkündet. Das monatliche Anleihen-Aufkaufprogramm wird demnach ab Januar 2014 von 85 auf 75 Milliarden US-Dollar reduziert. Der Leitzins der Fed bleibt jedoch weiterhin auf dem historischen Tief von 0 bis 0,25 Prozent; sprich: Geld ist nach wie vor billig. Dennoch bedeutet die Drosselung der Anleihenkäufe eine Trendwende.

Da sich die Börsianer längst auf eine Drosselung der Anleihenkäufe der US-Notenbank eingestellt haben, hat die Verkündung des Taperings jedoch kaum Spuren an den Börsen hinterlassen. Vielmehr hat die Fed-Entscheidung für Klarheit gesorgt. Da der Einstieg in den Ausstieg der extrem lockeren US-Geldpolitik recht moderat ausfällt, legte der heimische Leitindex kurz nach der Verkündung der Fed-Entscheidung sogar um 1,7 Prozent zu. Im gesamten letzten Jahr konnte der deutsche Leitindex eine positive Performance von fast 23 Prozent vorweisen. Zudem startete der DAX erfolgreich ins neue Jahr und gewann in der letzten Woche über 1 Prozent hinzu.

Fette Kursgewinne bei den DAX-Brüdern

Auch für die drei kleinen Brüder des DAX ging es seit Jahresbeginn aufwärts: Der TecDAX stieg um 2,4 Prozent, der M-DAX um gut 0,7 und der S-DAX um 1,7 Prozent. Auch die Wertentwicklung des vergangenen Jahres kann sich sehen lassen: In

2013 haben der TecDAX 38 Prozent, der M-DAX 36 und der S-DAX 27 Prozent an Wert zulegen können.

Auf der anderen Seite des Atlantiks sehen die Entwicklungen am Aktienmarkt ebenfalls erfreulich aus. Die US-amerikanischen Indizes reagierten positiv auf das Tapering. So stieg der Dow Jones innerhalb eines Tages, als Folge auf die Drosselung der Anleihenkäufe, um gut 1 Prozent; der S&P 500 um 0,7 Prozent. Auch das gesamte US-Börsenjahr 2013 lief gut. So gewann der Dow Jones gut 24 Prozent und der S&P 500 rund 26 Prozent an Wert hinzu.

Europaweit konnten sich Anleger im letzten Jahr ebenfalls über Kurssteigerungen freuen. Der EuroStoxx 50 legte fast 16 Prozent zu; der britische FTSE-100 gewann auf Jahressicht etwa 11 Prozent. Das größte Jahresplus verzeichnete allerdings der japanische Nikkei mit über 53 Prozent, was ebenfalls der lockeren Geldpolitik der japanischen Notenbank und den sogenannten „Abenomics“ zu verdanken ist – dem wirtschaftspolitischen Kurs des Premierministers Shinzo Abe.

Euro und Öl halten sich stabil

Die Europäische Gemeinschaftswährung präsentierte sich im letzten Jahr recht robust; rund 3,8 Prozent wertete der Euro seit Jahresbeginn zum Dollar auf. Im Tausch für einen Euro erhält man aktuell knapp 1,36 US-Dollar. Ob der Euro auch 2014 die Richtung vorgeben wird, ist jedoch ungewiss. Im Fahrwasser der restriktiveren US-Geldpolitik könnte auch der Dollar an Attraktivität und Wert gewinnen.

Öl wurde im letzten Jahr hingegen billiger. Der Preis für Rohöl der Sorte Brent büßte mit 3,1 Prozent leicht an Wert ein.

Goldpreis fällt um 30 Prozent

Edelmetallbesitzer blicken auf ein schlechtes Jahr zurück. Wer Anfang 2013 Gold gekauft hat, wurde dafür mit hohen Verlusten bestraft. Auf Jahressicht sank der Preis einer Feinunze des Edelmetalls um 30 Prozent; der Silberpreis schmolz sogar um 38 Prozent.

1947 gegründet

1 Zentrale und 8 Landesverbände

Mehr als 25 000 Mitglieder

Dachverband der 7000 deutschen Investmentclubs

52-mal pro Jahr kostenlos das Wirtschaftsmagazin FOCUS-MONEY

Über 100 Seminare p. a. speziell für Anleger

Interessenvertretung auf über 650 Hauptversammlungen

Griechenland-Arbeitsgemeinschaft

Unabhängige und interessenfreie Informationen über Ihre Anlagen

Analyse und kritische Bewertung der Management-Aktivitäten

Kostenlose außergerichtliche Erstberatung der DSW-Mitglieder



Werden Sie Mitglied der DSW!



Nutzen Sie die Kompetenz von FOCUS-MONEY

Sie wollen detaillierte Hintergrundinformationen und seriöse Anlagetipps? DSW-Mitglieder erhalten FOCUS-MONEY, Deutschlands modernes Wirtschaftsmagazin, im kostenlosen Abonnement wöchentlich frei Haus.

DSW
Die Anlegerschützer

Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.

JA! Ich möchte DSW-Mitglied werden

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Den Jahresbeitrag in Höhe von €125,00 zahle ich per Rechnung bequem durch Bankeinzug

Bank

Kontonummer

BLZ

FM 40/2012

Coupon bitte vollständig ausfüllen und unterschreiben.
Per Post senden an:

DSW –
Deutsche Schutzvereinigung
für Wertpapierbesitz e. V.
Postfach 350163
40443 Düsseldorf
Telefon: 02 11/66 97 01 oder 02 11/66 97 22
Telefax: 02 11/66 97 60
Internet: www.dsw-info.de
E-Mail: dsw@dsw-info.de